



*Ablauf der Referendumsfrist: 7. April 2017*

---

## **Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG)**

### **Änderung vom 16. Dezember 2016**

---

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,*  
nach Einsicht in den Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates  
vom 19. Februar 2015<sup>1</sup>  
und in die Stellungnahme des Bundesrates vom 1. Juli 2015<sup>2</sup>,  
*beschliesst:*

I

Das Bundesgesetz vom 11. April 1889<sup>3</sup> über Schuldbetreibung und Konkurs wird wie folgt geändert:

*Art. 8a Abs. 3 Bst. d*

<sup>3</sup> Die Ämter geben Dritten von einer Betreibung keine Kenntnis, wenn:

- d. der Schuldner nach Ablauf einer Frist von drei Monaten seit der Zustellung des Zahlungsbefehls ein entsprechendes Gesuch gestellt hat, sofern der Gläubiger nach Ablauf einer vom Betreibungsamt angesetzten Frist von 20 Tagen den Nachweis nicht erbringt, dass rechtzeitig ein Verfahren zur Beseitigung des Rechtsvorschlages (Art. 79-84) eingeleitet wurde; wird dieser Nachweis nachträglich erbracht oder wird die Betreibung fortgesetzt, wird sie Dritten wieder zur Kenntnis gebracht.

<sup>1</sup> BBl 2015 3209

<sup>2</sup> BBl 2015 5785

<sup>3</sup> SR 281.1

*Art. 73*

B. Vorlage der  
Beweismittel

<sup>1</sup> Der Schuldner kann jederzeit nach Einleitung der Betreibung verlangen, dass der Gläubiger aufgefordert wird, die Beweismittel für seine Forderung zusammen mit einer Übersicht über alle gegenüber dem Schuldner fälligen Ansprüche beim Betreibungsamt zur Einsicht vorzulegen.

<sup>2</sup> Die Aufforderung hat keine Auswirkung auf laufende Fristen. Falls der Gläubiger der Aufforderung nicht oder nicht rechtzeitig nachgekommen ist, berücksichtigt das Gericht beim Entscheid über die Prozesskosten in einem nachfolgenden Rechtsstreit den Umstand, dass der Schuldner die Beweismittel nicht hat einsehen können.

*Art. 85a Abs. 1*

<sup>1</sup> Ungeachtet eines allfälligen Rechtsvorschlages kann der Betriebene jederzeit vom Gericht des Betreibungsortes feststellen lassen, dass die Schuld nicht oder nicht mehr besteht oder gestundet ist.

## II

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

<sup>2</sup> Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

Nationalrat, 16. Dezember 2016

Der Präsident: Jürg Stahl  
Der Sekretär: Pierre-Hervé Freléchoz

Ständerat, 16. Dezember 2016

Der Präsident: Ivo Bischofberger  
Die Sekretärin: Martina Buol

Datum der Veröffentlichung: 28. Dezember 2016<sup>4</sup>

Ablauf der Referendumsfrist: 7. April 2017

<sup>4</sup> BBl 2016 8897